

Plattform Gemeinden 2030:

Arbeitsgruppe «Zusammenarbeit verbessern»

«Gemeindefusionen – ein Faktenblatt zum Stand des Wissens und zu Erfahrungen im Kanton Zürich»

Stand vom 17. Dezember 2025

Das Faktenblatt wurde im Rahmen der Arbeiten der Arbeitsgruppe zur Vertiefung der Handlungsoption «Gemeindefusion» erarbeitet und diente den an einem Pilotprojekt interessierten Gemeinden als ersten Einstieg ins Thema. Es wurde von der Kerngruppe der AG «Zusammenarbeit verbessern» erarbeitet und der Arbeitsgruppe zur Stellungnahme unterbreitet. Das Faktenblatt soll allen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, um Interessierten den Stand des Wissens aus der Literatur zu Gemeindefusionen und die Fusionserfahrungen im Kanton Zürich in Kürze zu vermitteln.

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Erkenntnisse der Literatur zu Gemeindefusionen | 3 |
| 2 | Gemeindefusion im Kanton Zürich – Das Wichtigste in Kürze | 7 |
| 3 | Erfahrungen zu Gemeindefusionen im Kanton Zürich | 9 |
| | Literatur und Quellen | 13 |

1 Erkenntnisse der Literatur zu Gemeindefusionen

1.1 Ursachen und Erwägungen bezüglich Gemeindefusionen

Gemeindefusionen haben in der Schweiz keine grosse Tradition (Ladner, 2001, S. 9). Dies, obwohl Schweizer Gemeinden im internationalen Vergleich «sehr klein» sind – jedoch haben Gemeinden in der Schweiz grössere politische Bedeutung und mehr Autonomie als in anderen Ländern (Steiner, 2004, S. 341–343). Seit Mitte der 1990er Jahre ist das Thema aber en vogue. Hintergrund waren die wirtschaftliche Rezession Anfang der 1990er und die zunehmende Komplexität öffentlicher Aufgaben (ebd.). Zwischen 1850 und 1990 ist die Anzahl Gemeinden lediglich von 3'203 auf 3'021 gesunken (Steiner et al., 2021, S. 133), bis 2025 dann auf 2'115 (Bundesamt für Statistik).

Dabei zeigen sich grosse kantonale und regionale Unterschiede bei der Fusionstätigkeit (Steiner et al., 2021, S. 133ff.). Die grösste Gemeindestrukturereform erfolgte im Kanton Glarus. Eine vergleichsweise hohe Fusionstätigkeit weisen Kantone der Südostschweiz und Westschweiz – abgesehen von Genf – auf; gar keine Fusionen fanden sich in mehrheitlich Zentral- und Ostschweizer Kantonen (ebd., s. 133 ff.). Zudem zählt in diesem Zeitraum fast ein Drittel der Fusionsgemeinden zum Typ «ländliche periphere Gemeinde»; etwa je 15 % zählen als «ländliche Zentrumsgemeinden» oder «ländlich zentral gelegene Gemeinde».

Gemäss einer Umfrage unter Gemeindeschreiber:innen wurde zwischen 2010 und 2017 in fast der Hälfte aller Schweizer Gemeinden über eine Fusion diskutiert (ebd., S. 136). Besonders häufig werden Fusionen in kleinen Gemeinden (Einwohnerzahl kleiner als 2'000) diskutiert, die mit Herausforderungen bezüglich der Finanzen oder der Besetzung wichtiger Ämter konfrontiert sind.

Angestossen werden Fusionsdiskussionen zumeist durch die Gemeinden oder durch Regierungsprojekte, immer wieder aber auch durch Vorstösse in den kantonalen Parlamenten (Steiner/Kaiser, 2013, S. 145). Kritiker:innen monieren deshalb, dass Gemeinden ihrer Bevölkerung Fusionen aufzwingen würden (Fetz und Bühler, 2005, S. 12). Häufige Beweggründe für eine Gemeindefusion sind (vgl. hierzu u.a. Fetz/Bühler, 2005, S. 12 ff.; Steiner, 2004, S. 349 ff.; Steiner/Kaiser, 2013, S. 148):

- das Bedürfnis nach Veränderung resp. nach neuen Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten,
- finanzielle Notlagen der Gemeinde(n) oder des Kantons und Einsparungsmöglichkeiten,
- positive Fusionserfahrungen anderer Gemeinden,
- Personalmangel,
- das Erreichen von Leistungsgrenzen,
- eine verbesserte Qualität der Leistungserbringung und ein höherer Professionalisierungsgrad,
- die Stärkung der Autonomie,
- die Möglichkeit zur Erfüllung zusätzlicher Aufgaben.

Gemeindefusionen sind die radikalste (und letzte) Form der interkommunalen Zusammenarbeit. Eine Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) gilt als politisch weniger problematische Reform und erhöht in der Regel die Effektivität und Effizienz der Leistungserbringung dank Rationalisierungspotenzialen und Skaleneffekten. Jedoch bringt IKZ häufig Steuerungs- und Entscheidungsprobleme mit sich (Ladner, 2001, S. S. 8 ff.).

1.2 Erfolgsfaktoren für Gemeindefusionen

«Jedes Fusionsprojekt [hat] neue und einmalige Aspekte», wie es in einem Leitfaden zu Gemeindefusionen heisst (Fetz und Bühler, 2005, S. 6). Grundsätzlich kann zwischen einer «Kombinationsfusion» und «Absorptionsfusion» unterschieden werden (Kanton Zürich, Gemeindefusion). Bei einer Kombinationsfusion geben die fusionierenden Einzelgemeinden ihre Autonomie vollständig zugunsten einer neu zu gründenden Gemeinde auf. Bei einer Absorptionsfusion nimmt eine weiter bestehende Gemeinde eine oder mehrere aufzulösende Gemeinden auf.

Gemeindefusionen sind eine kantonsspezifische Angelegenheit, da die Kantone die rechtlichen Rahmenbedingungen festlegen. Viele Schweizer Kantone unterstützen Gemeindefusionen aktiv, so mit finanzieller Unterstützung (z.B. Finanzhilfen, Entschuldungen) oder nicht-monetärer Unterstützung (z.B. Beratungsleistungen, Arbeitshilfen, Berechnung der Finanzausgleichsbeiträge) (Steiner/Kaiser, 2013). Ferner spielen wirtschaftliche, politische und soziale Umstände eine wichtige Rolle – und allfällige Gemeinsamkeiten oder Unterschiede von bzw. zwischen Gemeinden sollten unbedingt den Entscheid hinsichtlich des Fusionsperimeters beeinflussen (Fetz/Bühler, 2005, S. 15).

Wichtig zu berücksichtigen ist, dass «eine Fusion immer auch eine Herzensangelegenheit [ist]» (Steiner, 2023). Emotionale Aspekte können schwerer wiegen als rationale und über den Erfolg von Fusionsbestrebungen entscheiden. Eine frühe Einbindung und Information der Bevölkerung kann deshalb helfen, die Legitimation zu steigern, kann aber auch kontraproduktiv wirken, wenn keine sachliche Diskussion stattfindet (Fetz und Bühler, 2005, S. 12).

Folgende, nicht abschliessende Faktoren sind für eine erfolgreiche Gemeindefusion ebenfalls zu beachten (Fetz und Bühler, 2005; Kuhn et al., o. J.; Noth, 2024; Steiner, 2004):

- Fundierte Abwägung zwischen Fusion und Stärkung/Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit auf Grund von Analyse bestehender interkommunaler Zusammenarbeit
- Frühzeitig gemeindespezifische Ansprüche identifizieren und abgleichen resp. angleichen
- Von Beginn des Fusionsprozesses an überzeugt sein und kommunizieren, dass Handlungsbedarf besteht und dass die Fusion eine mögliche Lösung darstellt
- Gemeinderäte übernehmen geschlossen und glaubwürdig die Leitung und die Verantwortung für das Fusionsprojekt
- Guten Zeitpunkt auswählen, bspw. Mitte der Legislatur

- Sorgfältiges Management des gesamten Fusionsprozesses, z.B. transparente und strukturierte Planung, transparente und geeignete Projektorganisation
- Mitwirkung von Politik, Verwaltung, Bevölkerung sowie weiteren Betroffenen (z.B. Vereine, Körperschaften etc.)
- Laufende und umfassende Kommunikation
- Ausreichend Zeit sowie personelle und finanzielle Ressourcen einplanen
- Fokus auf die Umstellungsphase resp. auf die Zusammenführung der Verwaltungssysteme und Führungsstrukturen

1.3 Auswirkungen von Gemeindefusionen

Eine Gemeindefusion kann potenziell und je nach eigenem Standpunkt diverse Chancen und Gefahren haben, die im Rahmen eines Projekts zu berücksichtigen sind:

| Thema | Chance | Gefahr |
|----------------------------------|--|---|
| Raum | Neuer Perimeter entspricht funktionalem Raum | Neuer Perimeter schafft neue Schnittstellen |
| Finanzen | <ul style="list-style-type: none"> – Finanzielle «Skaleneffekte» – Reduzierter Koordinationsaufwand – Reduzierte Administrationskosten | <ul style="list-style-type: none"> – Investitionsbedarf – Höhere Personalkosten aufgrund von Professionalisierung |
| Autonomie | Grössere Grösse ermöglicht die Übernahme weiterer Aufgaben (vom Kanton) | Autonomie der Fusionsgemeinden geht in Autonomie der neuen Gemeinde auf |
| Zusammenarbeit | Erhöhung des kommunalen Handlungsspielraums durch Abbau von interkommunaler Zusammenarbeit, Koordinationsaufwand reduziert | Funktionierende interkommunale Zusammenarbeit wird durch weniger bedarfsge-rechte Lösungen ersetzt. |
| Leistungen | Ausbau des Leistungsangebots | Längere informelle und Entscheidungswege |
| Effektivität | Steigerung der öffentlichen Dienstleistungsqualität | «Bürokratie» nimmt zu |
| Effizienz | Steigerung der Effizienz durch: <ul style="list-style-type: none"> – Bündelung von Aufgaben – Höherer Spezialisierungsgrad | Höherer Abstraktionsgrad |
| Rekrutierung | Rekrutierung von Behördenmitgliedern und Verwaltungspersonal (inkl. Schulen, Feuerwehr etc.) wird vereinfacht | Kein Sitzanspruch der Stimmberechtigten aus den fusionierten Gemeinden in den neuen Behörden |
| Wahrnehmung und Identität | <ul style="list-style-type: none"> – Aussenwahrnehmung (ggü. anderen Gemeinden und Kanton) nimmt zu – Stärkung der sozialen Integration | Höherer Anonymitätsgrad |
| Demokratie | <ul style="list-style-type: none"> – Mehr Mitbestimmungsrechte für Bürger:innen durch Verschiebung von Aufgaben von Zweckverbänden zur Gemeinde – Höhere Attraktivität politischer Ämter | <ul style="list-style-type: none"> – Ehemalige Gemeinden (insb. kleine) büssen an Repräsentation ein – Weniger politisches (und Miliz-) Engagement der Bürger:innen |

Tabelle 1: Chancen und Gefahren von Gemeindefusionen (Quellen: VTG: Leitfaden für Gemeindefusionen; Kompetenzzentrum für Public Management (KPM), Universität Bern)

Die Beweggründe zu einer Fusion sind häufig finanzieller Natur, die finanziellen Auswirkungen sind aber schwierig abzuschätzen: «Etwa einem Drittel der Gemeinden geht es nach einer Fusion finanziell besser, einem Drittel gleich und einem Drittel schlechter» (Steiner, 2023). Einige Gemeinden können nach der Fusion Schulden tilgen, indessen sich andere verschulden müssen, in der Regel aufgrund von Investitionen zur Angleichung resp. Verbesserung der Infrastruktur und Dienstleistungsqualität (Noth, 2024, S. 99 ff.; Steiner, 2004, S. 353). Die Dienstleistungsqualität und -quantität wird in der Regel in allen fusionierten Gemeinden erhöht (Steiner, 2004, S. 353). Dies wohl auch deshalb, weil zahlreiche ehrenamtliche Mitarbeiter:innen durch fest angestellte ersetzt wurden – ein Abbau des fest angestellten Personals fand in keiner Gemeinde statt (Steiner, 2004, S. 353).

Derungs und Fetz (2020, S. 108) kommen insgesamt zum Schluss: «dass Gemeindefusionen tendenziell kritisch betrachtet, die fusionsbedingten Veränderungen aber kaum wahrgenommen werden. Insgesamt halten sich die potenziellen wirtschaftlichen, demokratischen und gesellschaftlichen Effekte von Gemeindefusionen – seien diese positiv oder negativ – in Grenzen.» Nachfolgende Tabelle zeigt, in welchen Bereichen eine positive, stabile oder negative Entwicklung stattfindet und in welchen Bereichen die Entwicklung unklar ist.

| Positive Entwicklung | Stabile Entwicklung | Negative Entwicklung | Unklare Entwicklung |
|-----------------------|---------------------------------|------------------------|--------------------------------|
| Professionalität | Mitwirkung/IKZ | Politisches Engagement | Finanzielle Leistungsfähigkeit |
| Aussenwirkung | Politisches Vertrauen | Bürgernähe | |
| Standortattraktivität | Soziale Integration | | |
| | Identifikation mit der Gemeinde | | |

Tabelle 2: Forschungsergebnisse zu Gemeindefusionen (Quelle: VTG: Leitfaden für Gemeindefusionen; basierend auf Derungs/Fetz 2020).

«Sowohl die Hoffnungen als auch die Befürchtungen sind aufgrund der vorliegenden Ergebnisse zu relativieren.» Die effektiven Wirkungen einer Fusion sind abhängig von den spezifischen Umständen und vom politischen Reformwillen (Fetz, 2025).

2 Gemeindefusion im Kanton Zürich – Das Wichtigste in Kürze

Es gibt zwei Arten von Gemeindefusionen:

- eine Gemeinde nimmt eine oder mehrere Gemeinden auf (Absorptionsfusion) oder
- zwei oder mehr Gemeinden fusionieren zu einer neuen Gemeinde (Kombinationsfusion).

Im **Kanton Zürich** bestimmen die Gemeinden selbst, ob sie mit anderen Gemeinden fusionieren wollen. Es gibt keine rechtlichen Vorgaben des Kantons, dass Gemeinden Fusionen zu prüfen haben. Angestossen werden Fusionsprozesse durch Gemeindebehörden (Gemeindevorstände, Gemeindeparlamente) oder durch Stimmberechtigte mittels Initiativen (vgl. Abbildung 1, Phase 1). Der Kanton unterstützt Zusammenschlüsse von Gemeinden mit Beratung und finanziellen Beiträgen bei der Vorbereitung, Durchführung oder Umsetzung von Fusionen sowie mit einem Entschuldungsbeitrag und einem Beitrag zum Ausgleich von Einbussen beim Finanzausgleich (vgl. Art. 155ff. des Gemeindegesetzes¹). Ausserdem bietet der Kanton Informationen und Arbeitshilfen an (vgl. Kanton Zürich, [Gemeindefusion](#)).

Der **Prozess einer Gemeindefusion** umfasst vier Phasen mit folgenden Elementen:



Abbildung 1: Vier Phasen einer Gemeindefusion. Quelle: Kanton Zürich, [Gemeindefusion](#).



Eine Gemeindefusion kann aus verschiedenen Gründen **ein Thema** sein, so z.B. Rekrutierungsschwierigkeiten für Behördenmitglieder oder Verwaltungspersonal, mangelnde Leistungsfähigkeit, raumplanerische oder finanzielle Engpässe. Aufgrund steigender Anforderungen bezüglich kommunaler Aufgaben oder seitens der Einwohnerinnen und Einwohner kann ein besseres Dienstleistungsangebot für die Bevölkerung erforderlich werden.

¹ Kanton Zürich: Gemeindegesetz (GG) vom 20. April 2015, 131.1.

2

Gute Voraussetzungen für eine Gemeindefusion sind u.a. ein günstiger Zeitpunkt mit Blick auf die Legislatur, eine funktionierende interkommunale Zusammenarbeit und eine positive Einstellung der Behörden. Wichtig sind auch eine offene und transparente Kommunikation sowie eine professionelle Begleitung des Prozesses. Ob der Fusionsweg eingeschlagen werden soll, kann allenfalls mit einer Grundsatzabstimmung geklärt werden, die einer verbindlichen Vorentscheidung gleichkommt. Dadurch kann bereits vorgängig abgeklärt werden, ob eine Fusion auf Akzeptanz stösst; denn diese erfordert zeit- und finanzintensive Vorbereitungs- und Planungsarbeiten.

Ein **Grundlagenbericht** untersucht den Ist-Zustand der beteiligten Gemeinden (Stärken und Schwächen) inkl. der bisherigen Zusammenarbeit und ermittelt Chancen und Risiken einer Fusion (SWOT-Analyse). Folgende Themen sollen im Rahmen des Grundlagenberichts betrachtet werden:

- 1 Organisation und Verwaltung
- 2 Finanzen
- 3 Raumplanung und Infrastruktur
- 4 Angebote Sicherheit, Soziales, Gesundheit, Alter und Freizeit
- 5 Identität

Ebenfalls wird ein Fusionsvertrag erarbeitet, der Organisation, Übergangsordnung und Umsetzung der Fusion regelt, sowie ein beleuchtender Bericht verfasst, der die Stimmberechtigten darüber informiert, wie die Fusion umgesetzt werden soll und wie eine zukünftige Gemeinde aussehen würde.

3

Über den **Fusionsvertrag** stimmen die Stimmberechtigten an der Urne ab; dabei haben die Abstimmungen am selben Tag und in jeder Gemeinde separat zu erfolgen. Zentrales Element darin ist die Festlegung der Rechte und Pflichten einer sogenannten Übergangsbehörde. Diese besteht aus Teilen der bisherigen Gemeinderäte. Sie ist für die Koordination und Umsetzung der Fusion sowie die Information der Bevölkerung zuständig. Nach der Zustimmung zum Fusionsvertrag an der Urne wird dieser dem Regierungsrat zur Genehmigung unterbreitet.

4

Nach der Genehmigung des Fusionsvertrags beginnt die Übergangsbehörde mit der **Umsetzung**. Sie erstellt das erste Budget für die neue Gemeinde und bereitet weitere Geschäfte zuhanden der Stimmberechtigten vor. Je nach Art der Fusion muss über eine neue Gemeindeordnung abgestimmt und die Behörden neu gewählt werden. Ansonsten fallen bei Fusionen insbesondere folgende Aufgaben an: Zusammenführung der Verwaltungen und der IT, Festlegung der Behördenorganisation und der Verwaltungsstandorte, Organisation der finanziellen Prozesse und der Liegenschaftsverwaltung, Vereinheitlichung von Reglementen und Erlassen etc. Alle diese Prozesse brauchen Zeit, weshalb die Umsetzung bis zu einer Legislatur dauern kann.

3 Erfahrungen zu Gemeindefusionen im Kanton Zürich

3.1 Erfolgreiche Fusionen

Seit 2014 waren im Kanton Zürich acht Gemeindefusionen erfolgreich². Jede Fusion ist ein Einzelfall. Bei sieben Fusionen wurden eine oder zwei kleinere Gemeinden in die grössere Gemeinde aufgenommen (Absorptionsfusion). Nur einmal fusionierten drei beteiligte Gemeinden zu einer neuen Gemeinde (Kombinationsfusion). Bei fünf Fusionen kam der Anstoss für Fusionen von Behörden. In drei Fällen brachten Initiativen die Fusion ins Rollen. Fusionen fanden mehrheitlich in ländlichen Regionen statt; in den Agglomerationen sind bislang keine Fusionsprojekte entstanden. Bei den erfolgreichen Fusionen waren acht kleine Gemeinden mit weniger als 1'000 Einwohnenden beteiligt; damit hat sich mehr als die Hälfte der Gemeinden unter 1'000 Einwohnende erfolgreich an einem Fusionsprojekt beteiligt. Die Fusionsverfahren mit Grundsatzabstimmung dauerten im Durchschnitt vier bis fünf Jahre.

| Jahr | Gemeinde | Gemeinde | Gemeinde | Einwohnende / Steuerfuss |
|------|-------------------|----------------|-------------|--|
| 2014 | Wiesendangen | Bertschikon | | 4'955 + 1'084 neu 6'039 (87% / 87%) 2014: 87%, 2024: 88% |
| 2015 | Bauma | Sternenberg | | 4'297 + 353 neu 4'650 (117% / 124%) 2015: 116%, 2024: 120% |
| 2016 | Illnau-Effretikon | Kyburg | | 16'298 + 411 neu 16'734 (115% / 124%) 2016: 115%, 2024: 110% |
| 2018 | Horgen | Hirzel | | 20'253 + 2'158 neu 22'621 (87% / 130%) 2018: 84%, 2024: 90% |
| 2018 | Elgg | Hofstetten | | 4'403 + 500 neu 4'898 (121% / 135%) 2018: 121%, 2024: 119% |
| 2019 | Oberstammheim | Unterstammheim | Waltalingen | 1'163 + 921 + 628 neu 2'785 (124% / 118% / 124%) 2019: 124%, 2024: 114% |
| 2019 | Wädenswil | Schönenberg | Hütten | 21'591 + 1'841 + 889 neu 24'421 (104% / 112% / 131%) 2019: 104%, 2024: 104% |
| 2023 | Andelfingen | Adlikon | Humlikon | 2'225 + 716 + 488 neu 3'425 (114% / 126% / 125%) 2023: 114%, 2024: 114% |

Tabelle 3: Erfolgreiche Fusionen seit 2014 sowie Entwicklung der Einwohnenden und der Steuerfüsse.
Quelle: Zusammenstellung des Gemeindeamts Kanton Zürich.

² Dadurch reduzierte sich die Anzahl der politischen Gemeinden von 171 auf 160.

Die meisten Fusionen erfolgten aufgrund mangelnder finanzieller Leistungsfähigkeit und Entwicklungsperspektiven der kleinen Gemeinden. Diese erhofften sich eine Optimierung der öffentlichen Leistungen mit Effizienzgewinnen und Qualitätssteigerungen, eine höhere Professionalisierung oder eine einfachere Rekrutierung von Verwaltung und Behörden.

Gemäss den bisherigen Untersuchungen der Fachhochschule Graubünden (FHGR) entwickelte sich in den einzelnen fusionierten Gemeinden die Mehrheit der Beurteilungskriterien positiv, regelmässig wurde eine gewisse Erhöhung der finanziellen Leistungsfähigkeit und der Standortattraktivität festgestellt. Im Stammertal wurde in einer weiteren Studie festgestellt, dass in den untersuchten Bereichen mehrheitlich Kosten reduziert und Leistungen ausgebaut werden konnten³.

Unmittelbar nach der Fusion fanden keine Steuererhöhungen in den fusionierten Gemeinden statt. In den Folgejahren veränderten sich die Steuerfüsse um bis zu +6%/- 10%. Ein Zusammenhang zwischen dieser Entwicklung und der Fusion erscheint unwahrscheinlich.

3.2 Gescheiterte Fusionen

Im Zeitraum zwischen 2012–2020 wurden sieben Fusionen abgelehnt; zwischen 2020 und 2025 gab es keine gescheiterten Fusionen. Dies bedeutet, dass fast jedes zweite Fusionsprojekt gescheitert ist. Teilweise wurden diese in der Grundsatzabstimmung, teilweise in der Abstimmung über den Fusionsvertrag abgelehnt. Eine erfolgreiche Grundsatzabstimmung garantiert noch keinen Erfolg beim Fusionsvertrag. In drei von sieben abgelehnten Fällen waren an der Fusion mindestens vier Gemeinden beteiligt. Je mehr Gemeinden an einer Fusion beteiligt sind, desto anspruchsvoller wird sie.

- 2012: **Hofstetten** und **Schlatt**, abgelehnter Fusionsvertrag durch Hofstetten
- 2013: fünf **Flaachtaler Gemeinden**, abgelehnte Grundsatzabstimmung durch Berg, Buch und Dorf
- 2017: **Stadel** und **Bachs**, abgelehnter Fusionsvertrag durch Stadel
- 2017: vier **Wehtaler Gemeinden**, abgelehnte zweite Grundsatzabstimmung durch Schleinikon
- 2020: **Hüntwangen**, **Wasterkingen** und **Wil**, abgelehnte Initiative durch Hüntwangen
- 2020: **Oberweningen** und **Schöfflisdorf**, abgelehnter Fusionsvertrag durch beide Gemeinden
- 2020: sechs **Gemeinden rund um Andelfingen**, abgelehnter Fusionsvertrag durch Andelfingen, Kleinandelfingen, Henggart und Thalheim

Teilweise sind es die grossen, teilweise die kleinsten Gemeinden, die aus unterschiedlichen Gründen eine Fusion ablehnen. Für grössere Gemeinden standen mitunter Fragen nach dem Mehrwert für die eigene Gemeinde im Vordergrund. Verwaltungs- und Behördenmitglieder in kleinen Gemeinden, die um ihre Anstellung oder Funktion fürchteten,

³ Vgl. Christian Noth, 2024.

waren kritisch zum Fusionsprozess eingestellt. Bei langen Fusionsverfahren kippte die positive Fusionsstimmung.

3.3 Übergeordnete Erkenntnisse

Aus den Erfahrungen der erfolgreichen und gescheiterten Fusionen konnten folgende übergeordneten Erkenntnisse gewonnen werden:

Auslöser: Der Treiber für Fusionen im Kanton Zürich lag anfangs im Besonderen am geänderten Finanzausgleich, der auf die Bevorzugung kleiner Gemeinden verzichtete. In der Folge akzentuierten sich die Probleme der kleinen Gemeinden, was aber auch Folge von weiteren Entwicklungen war⁴.

Fusionsperimeter: Der Perimeter der Fusionsprojekte entspricht in der Regel dem Gebiet, in welchem die Gemeinden miteinander zusammenarbeiten wie der Perimeter der überkommunalen Sekundarschulgemeinden oder von Zweckverbänden. Teilweise erschliessen sich grössere Gemeinden mit einer Fusion in ihrem Hinterland einen beträchtlichen Flächenzuwachs.

Einfluss der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte: Die Haltung der Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden, die transparent kommunizieren und die Vorteile einer Fusion in den Vordergrund rücken, hatte einen wichtigen Einfluss auf den Erfolg des Vorhabens. Oftmals war auch mitentscheidend, dass die Gemeinderäte die Bevölkerung frühzeitig in die Diskussion miteinbezogen⁵. Fusionsverfahren sind zudem zeitkritisch und müssen professionell vorangetrieben werden.

Kantonsbeiträge: Für die acht umgesetzten Fusionen von politischen Gemeinden hat der Kanton Beiträge von rund 31 Mio. Franken ausbezahlt, davon machen die Entschuldungsbeiträge einen grösseren Anteil aus. Die finanziellen Beiträge des Kantons scheinen keinen entscheidenden Anreiz für Fusionsvorhaben zu sein.

Auswirkungen der Fusion: Gesamthaft betrachtet hielten sich die potenziellen, wirtschaftlichen, demokratischen und gesellschaftlichen Effekte von Fusionen in Grenzen. Finanzielle Aspekte spielten auch bei den Fusionen im Kanton Zürich eine Rolle. Steuerfusserhöhungen wurden regelmässig vermieden und auf die Gebührenentwicklung nach der Fusion wurde geachtet. Auch die finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden mit Blick auf Nettovermögen/Nettoschuld bzw. Investitionsbedarf war stets ein Thema, um finanzielle Einbussen zu vermeiden. Die Gemeindefusionen waren keine Sparübungen. Der Nutzen der Fusionen lag mehr in der Verbesserung der Leistungsfähigkeit⁶ und des Leistungsangebots⁷ einer fusionierten Gemeinde. Weiter liess sich im Rahmen der bisherigen

⁴ Z.B. steigende Anforderungen an die öffentliche Leistung, steigende Komplexität der Aufgaben, digitale Transformation, angespannte Finanzlage, Mangel an Personal und Behördenmitgliedern.

⁵ Z.B. mit Tischgesprächen, Workshops, Informationsveranstaltungen etc.

⁶ Z.B. attraktive Arbeitsbedingungen, Stellvertretung gesichert, Spezialisierungen ermöglicht, Dienstleistungsqualität erhöht, Service Public verbessert, längere Öffnungszeiten etc.

⁷ Vgl. z.B. Christian Noth, 2024.

Fusionsuntersuchungen der FHGR (Fusions-Checks) eine Verbesserung der Aussenwirkung der Gemeinde und der Standortattraktivität nachweisen. Diese Attraktivität spiegelt sich unter anderem im Wertzuwachs von Immobilien in diesen Ortsteilen wider⁸.

Auswirkungen auf die Gemeindeidentität: Auch im Kanton Zürich spielten bislang emotionale Faktoren wie etwa Gemeindeidentität und Gemeindennamen eine wichtige Rolle, wenn das Zugehörigkeitsgefühl vermeintlich Schaden nahm. Dies führte teilweise zu politischen Auseinandersetzungen im Vorfeld der Fusionsabstimmungen. Erfahrungen zeigen aber, dass sich politische Strukturen ändern können, ohne dass sich dabei die emotionale Bindung an den Wohnort ändert⁹. Zudem gibt es Anzeichen, dass sich die soziale Integration (Vereins- und Kulturleben) bei den Fusionen im Kanton Zürich positiv entwickelt. Auch im Kanton Zürich haben sich Fusionen weder positiv noch negativ auf das politische Engagement der Stimmberechtigten oder die Zufriedenheit mit politischen Behörden ausgewirkt.

⁸ Der Landbote vom 4. April 2025, «Fusion lässt Hauspreise in Andelfingen sprunghaft steigen», S. 3.

⁹ So geht das Vereinsleben weiter in den neuen Ortsteilen der fusionierten Gemeinde.

Literatur und Quellen

- Bundesamt für Statistik: Applikation der Schweizer Gemeinden, Laufende Projekte. Online abrufbar unter: [Laufende Projekte | Applikation der Schweizer Gemeinden](#)
- Derungs, C. und Fetz, U. (2020): «Gemeindefusionen in der Schweiz: Evaluation der wirtschaftlichen, demokratischen und gesellschaftlichen Effekte», *Yearbook of Swiss Administrative Sciences*, 11(1), S. 108. doi: 10.5334/ssas.131.
- Der Landbote vom 4. April 2025: «Fusion lässt Hauspreise in Andelfingen sprunghaft steigen», S. 3.
- Fetz, U. (2025): «Kommunalpolitik Schweiz: Ist das Fusionstempo weiterhin haltbar?», *Neue Zürcher Zeitung*. Verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/meinung/gemeindefusionen-es-warten-jetzt-die-schwierigen-projekte-ld.1860753> (abgerufen: 29.04.2025).
- Fetz, U. und Bühler, D. (2005): *Leitfaden für Gemeindefusionen*. Chur: HTW Chur Verl.
- Kanton Aargau, Vorgehen bei Zusammenschlussprojekten. Online abrufbar unter: <https://www.ag.ch/de/verwaltung/dvi/gemeindeaufsicht/gemeindezusammenarbeit/gemeindezusammenschlusse/vorgehen-bei-zusammenschlussprojekten>
- Kanton Zürich, Gemeindefusion. Online abrufbar unter: <https://www.zh.ch/de/politik-staat/gemeinden/gemeindefusion.html>
- Kompetenzzentrum für Public Management (KPM), Universität Bern: Gemeindefusionen in der Schweiz. Online abrufbar unter: [Forschung: Gemeindefusionen in der Schweiz - Kompetenzzentrum für Public Management \(KPM\)](#)
- Ladner, A. (2001): «Gemeindereformen in der Schweiz: Gemeinsamkeiten und Auslöser», *Swiss Political Science Review*, 7(3), S. 1–23. doi: 10.1002/j.1662-6370.2001.tb00318.x.
- Noth, C. (2024): «Auswirkungen einer Gemeindefusion auf die Ausgaben und die Leistungen einer Gemeinde: empirische Untersuchungen am Beispiel der Gemeinde Stammheim», *Swiss Yearbook of Administrative Sciences*, 15(1), S. 92–109. doi: 10.5334/ssas.221.
- Steiner, R. (2004): «Ursachen, Umsetzung und Erfolg von Gemeindefusionen in der Schweiz», in: Huber, A., Jansen, S. A., und Plamper, H. (Hrsg.): *Public Merger*. Wiesbaden: Gabler Verlag, S. 339–362. doi: 10.1007/978-3-322-84552-8_16.
- Steiner, R. et al. (2021): *Zustand und Entwicklung der Schweizer Gemeinden Ergebnisse des nationalen Gemeindemonitorings 2017*. Glarus: Somedia Buchverlag.
- Steiner, R. (2023): «Gemeindefusionen an der Urne - Darum scheitern Gemeindefusionen immer wieder», . Verfügbar unter: <https://www.srf.ch/news/schweiz/abstimmungen-26-november-2023/gemeindefusionen-an-der-urne-darum-scheitern-gemeindefusionen-immer-wieder> (abgerufen: 29.04.2025).
- Steiner, R. und Kaiser, C. (2013): «Rolle der Kantone bei Gemeindefusionen in der Schweiz», *Verwaltung & Management*, 19(3), S. 144–149. doi: 10.5771/0947-9856-2013-3-144.
- Verband Thurgauer Gemeinden (2021): Leitfaden für Gemeindefusionen. Online abrufbar unter: https://www.vtg.ch/media/3505/download/VTG_Leitfaden%20f%C3%BCr%20Gemeindefusionen.pdf?v=1&inline=1